



Beschluss

vom 2. Mai 2006

Motion

Motion Jürg Diggelmann: Erstinformatiionsrecht des Stadtparlaments; Frage der Erheblicherklärung

Jürg Diggelmann sowie 55 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 21. März 2006 die beiliegende Motion "Erstinformatiionsrecht des Stadtparlaments" ein.

Das Präsidium des Stadtparlaments nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Der geltende Artikel 33 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments sagt zum Erstinformatiionsrecht der Mitglieder des Stadtparlaments das Folgende aus:

„Der Stadtrat informiert die Öffentlichkeit über Vorlagen an das Stadtparlament nach Möglichkeit erst, wenn diese Vorlagen den Mitgliedern zugestellt worden sind.“

Die grosse Zahl der Unterschriften für die Motion „Erstinformatiionsrecht des Stadtparlaments“ zeigt, dass die meisten Mitglieder des Stadtparlaments mit einer strikteren Regelung sicher stellen möchten, dass sie nicht aus den Medien von einer neuen Vorlage des Stadtrats erfahren. Sie möchten vielmehr von ihrem Recht auf Erstinformation Gebrauch machen können, indem sie den Inhalt einer neuen Vorlage vor der Berichterstattung in den Medien wenigstens im Sinne eines ersten Überblicks zur Kenntnis nehmen konnten.

Das Präsidium erachtet es als gangbaren Weg, dass die Mitglieder des Stadtparlaments im Zeitalter des Electronic Government über das Extranet des Stadtparlaments von neuen Vorlagen in Kenntnis gesetzt werden. Das Präsidium bevorzugt es allerdings, wenn im Regelfall auch die mehr Zeit beanspruchende postalische Zustellung der Vorlagen an die Mitglieder des Stadtparlaments - auf welche trotz Electronic Government vorderhand nicht verzichtet werden soll - erfolgt ist, bevor die Medien orientiert werden.



Zwischen der Verfügbarkeit der Information für die Mitglieder des Stadtparlaments - im Regelfall durch Eintreffen der Briefpost, im Ausnahmefall auch mittels Extranet - und der Bekanntgabe einer Vorlage an die Medien soll eine gewisse Mindest-Zeitspanne verstreichen, während der die Mitglieder des Stadtparlaments den Inhalt der Vorlage wenigstens in einem Überblick zur Kenntnis nehmen können. Der Motionsauftrag sieht für diese Zeitspanne mindestens einen Tag vor. Das Präsidium hält dies im Regelfall für angemessen.

Das Präsidium beantragt dem Stadtparlament, die Motion **erheblich** zu erklären

Information über die Stellungnahme des Präsidiums nach Art. 67 Geschäftsreglement des Stadtparlaments:

Es soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder des Stadtparlaments von ihrem Recht auf Erstinformation über Vorlagen an das Stadtparlament Gebrauch machen können. Nach der Bekanntgabe einer neuen Vorlage an die Mitglieder des Stadtparlaments soll daher im Regelfall eine Zeitspanne von mindestens einem Tag verstreichen, bevor die Medien über die neue Vorlage orientiert werden. Die Bekanntgabe an die Mitglieder soll im Regelfall mittels postalischem Eintreffen der Vorlage erfolgen. Im Ausnahmefall einer zeitlichen Dringlichkeit der Information der Medien genügt auch die Bekanntgabe im Extranet des Stadtparlaments und die nachträgliche Zustellung per Post.

Das Präsidium beschliesst:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Der Vizepräsident wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:
Motion vom 21. März 2006

Protokollauszug:
Stadtkanzlei (3)

☒ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☐ Medienkonferenz

